



»Unerwünschte soziale Auswirkungen« – für das gute Gewissen des Westens zahlen die Entwicklungsländer mit steigenden Nahrungsmittelpreisen

Tank oder Brotkorb?

Hungern für die Erste Welt

Während die Industrieländer mit Bioenergie und Biotreibstoff ihre Klimabilanz zu verbessern suchen, nähert sich die Zahl der Hungernden auf der Welt der Milliardengrenze. Wie beides zusammenhängt, war Thema bei den diesjährigen Benediktbeurer Gesprächen der Allianz Umweltstiftung.

Kein Erdöl, kein Gas, keine Kohle und dennoch genug Wärme und Strom – es ist noch nicht lange her, da wurden nachwachsende Rohstoffe als eine der wichtigsten Quellen zur klimaneutralen Energiegewinnung gefeiert. Nach den Hungerrevolten in Ländern wie Mexiko, Ägypten und Haiti ist die Euphorie verflogen. Denn für das gute Gewissen des Westens zahlen die Entwicklungsländer mit steigenden Nahrungsmittelpreisen. Um über Wege aus diesem Dilemma

zu diskutieren, lud die Allianz Umweltstiftung im April vier ausgewiesene Experten ins Kloster Benediktbeuern. Zwar waren sie sich im Ziel einig, den konkurrierenden Interessen von Ernährung, Energiebedarf und Naturschutz gleichermaßen gerecht zu werden, doch über die Wege dahin gingen die Meinungen auseinander.

Für Carl-Albrecht Bartmer etwa, Präsident der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG), besteht die einzige

Chance, den Konflikt zwischen Lebensmittelsicherheit, Umwelt und Energie aufzulösen, in einer intensiveren Nutzung der vorhandenen Agrarflächen. Um die wachsende Weltbevölkerung versorgen zu können – im Jahr 2050 werden es voraussichtlich neun Milliarden Menschen sein –, müsse die Lebensmittelproduktion in den nächsten 20 Jahren um 50 Prozent gesteigert werden, so Bartmer. Gleichzeitig wachse die Nachfrage nach Energie, die durch fossile

Brennstoffe allein nicht befriedigt werden könne. Die Lücke werde zum Teil durch Bioenergie gefüllt werden müssen: »Die Ansprüche an den Faktor Boden steigen.«

Sepp Daxenberger, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bayerischen Landtag, hielt dagegen. Hauptaufgabe der Landwirtschaft sei es nicht, Energie im großen Stil zu produzieren, sondern Lebensmittel zu erzeugen. Der Energiehunger der Industriestaaten führe dazu, dass in Ländern wie Brasilien oder Indonesien Regenwälder abgeholzt würden, um Raum für Energiepflanzen zu schaffen. »Das Getreide der Armen landet heute in den Futtertrögen der Reichen«, fasste der 47jährige Ökobauer zusammen. »Wir nehmen ihnen die Nahrungsgrundlagen weg.«

Steigender Druck

Als einen Grund für den steigenden Druck auf unberührte Naturgebiete in Entwicklungsländern machte Lutz Ribbe von der Stiftung EuroNatur den Beschluss der EU aus, Benzin künftig zehn Prozent an Biokraftstoff beizumischen. Eine Vorgabe, die sich aus eigener Kraft nur erreichen ließe, wenn innerhalb der Europäischen Union auf gut der Hälfte der Getreideflächen Energiepflanzen angebaut würden. »Statt dessen holen wir die Kraftstoffe aus Asien und zerstören dort die Lebensräume«, sagte der 52jährige Landschaftsökologe.

Welche Auswirkungen diese Politik auf die Entwicklungsländer hat, machte auch der frühere EU-Kommissar für Landwirtschaft, Franz Fischler, deutlich. So seien die Lebensmittelpreise dort allein im Jahr 2007 um 40 Prozent in die Höhe geschossen. Ein Anstieg, bei dem die Ärmsten der Armen auf der Strecke blieben. »Die Frage des Hungers ist keine Frage der Lebensmittelproduktion«, stellte der Österreicher klar. »Sie ist eine Frage der Armut.«

Um die wirksam zu bekämpfen, müssten die Industriestaaten endlich ihre schon vor Jahren eingegangene Verpflichtung umsetzen, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Ent-

wicklungshilfe bereitzustellen. Derzeit sei es gerade einmal die Hälfte – und nur ein Bruchteil davon fließe in die Förderung der Landwirtschaft. Dabei wäre Hilfe gerade dort dringend nötig, denn aufgrund der Bevölkerungsentwicklung steige auch in den Entwicklungsländern die Nachfrage nach Getreide und pflanzlichen Fetten rasant. Gleichzeitig seien sie massiv von Ernteschwankungen betroffen, die durch den Klimawandel in Zukunft eher noch zunehmen werden. Dass man die wachsende Weltbevölkerung allerdings durch ökologischen Landbau ausreichend versorgen könnte, wie es Sepp Daxenberger für möglich hält, das sehe er nicht, sagte Fischler.

Da hatte er DLG-Präsident Bartmer an seiner Seite. »Wir müssen die Produktivität steigern und den knappen Faktor Boden effektiver und nachhaltiger nutzen«, betonte der Agrarwissenschaftler. Allerdings ließen sich die Ansprüche von Umweltschutz und Hochleistungslandwirtschaft nicht am selben Standort verwirklichen, da dürfe man sich keinen Illusionen hingeben. »Wildkräuter und 100 Doppelzentner Weizen wachsen nicht auf demselben Schlag«, so Bartmer. Jedoch bedeute Intensivierung des Landbaus mehr als nur ein Plus an Dünger und Pflanzenschutzmitteln. Es bedeute mehr Wissen über Zusammenhänge in der Natur, über Wachstumsbedingungen von Pflanzen und Tieren, über Fruchtfolgen. »Und auch die grüne Gentechnik gehört dazu.« Ein Stichwort, das bei Sepp

Daxenberger erwartungsgemäß auf wenig Gegenliebe stieß. »Der Schlüssel ist nachhaltige, bäuerliche, ökologische Landwirtschaft, und nicht die Gentechnik«, bekräftigte der Bayer seine Position.

Umdenken in der Politik

Inzwischen scheint auf Seiten der Politik ein Umdenken einzusetzen. So hat der Deutsche Bundestag im April beschlossen, die Förderung von Biokraftstoffen zu verringern und die stufenweise Erhöhung des zehnpromtigen Anteils von Ethanol im Benzin langsamer umzusetzen. Um sicherzustellen, dass der Anbau von Palm- und Sojapflanzen in Südamerika und Asien weder zulasten von Nahrungs- und Futtermitteln noch des Klima- und Umweltschutzes geht, wurde die Regierung aufgefordert, dafür zu sorgen, dass Nachhaltigkeitsstandards bei Produktion, Lieferung und Verwendung von Biokraftstoffen eingehalten werden. Auch unerwünschte soziale Auswirkungen müssten vermieden werden, hieß es in der Entscheidung des Bundestags. [_fs](#)

 www.allianz-umweltstiftung.de

Lutz Spandau (Mitte), Vorstand der Allianz Umweltstiftung, im Gespräch mit Franz Fischler, Carl-Albrecht Bartmer, Sepp Daxenberger und Lutz Ribbe (v.l.)

